



## Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 18.10.2024

### **Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 21. Oktober 2024**

Fokusthema: **Bauen**

*Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach der Behandlung von drei Fristerstreckungsgesuchen und der Abschreibung eines Postulats über die definitive Überweisung einer PI zum Vogelschutz entscheiden. Eine längere Debatte ist über eine Anpassung des Energiegesetzes bezüglich Klimaschutz zu erwarten, die in der KEVU umstritten war. Als Kompromisslösung beantragt die KPB zwei PI anzunehmen, mit denen die Vorschriften zum Bau von Parkplätzen geändert werden sollen. Und schliesslich stehen drei Postulate betreffend Axpo zur Abschreibung auf der Traktandenliste.*

#### **Frist für Behandlung von drei Vorstössen soll verlängert werden**

Rasch behandeln wird der Kantonsrat eine vom Regierungsrat beantragte Fristerstreckung zu zwei Motionen im Energiebereich. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt dem Kantonsrat mit 6 zu 2 Stimmen, die Anträge zu genehmigen. Mit der vom Grünen-Kantonsrat David Galeuchet eingereichten Motion ([KR-Nr. 267/2020](#)) wurde der Regierungsrat aufgefordert, eine gesetzliche Grundlage zur besseren Nutzung der einheimischen Solarenergie vorzulegen. Mit der von SP-Kantonsrat Nicola Siegrist eingereichten Motion ([KR-Nr. 268/2020](#)) wurde die Regierung beauftragt, Massnahmen für die Förderung und einen koordinierten Ausbau der dezentralen Stromspeichermöglichkeiten zu erarbeiten. Der Regierungsrat will die Umsetzung der Motionen mit weiteren Gesetzgebungsarbeiten koordinieren, weshalb die Fristen verlängert werden sollen. Eine Minderheit der Kommission (SVP) lehnt die Fristerstreckung ab. Im schriftlichen Verfahren und somit diskussionslos, weil unbestritten, wird der Rat die beantragte Fristerstreckung zu einem von Grünen-Kantonsrätin Jasmin Pokerschnig eingereichten Postulat genehmigen ([KR-Nr. 154/2021](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert, aufzuzeigen, welche Subventionen sich negativ auf die Biodiversität auswirken und wie diese zum Schutz der Biodiversität angepasst werden könnten.

GPK-Präsident: Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil), 076 385 58 22

Minderheit: Sandra Bossert (SVP, Wädenswil), 079 288 15 14

#### **Nachhaltigkeit im öffentlichen Beschaffungswesen gewinnt an Bedeutung**

Keine lange Debatte dürfte die Abschreibung des Postulats von FDP, GLP und Mitte betreffend «Nachhaltigkeit als Kriterium für das öffentliche Beschaffungswesen» auslösen. Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 212/2019](#)). Mit dem Vorstoss wurde der Regierungsrat aufgefordert, ein Konzept zu erarbeiten, um den mit der Totalrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB) einhergehenden Paradigmenwechsel in Richtung «Qualitätswettbewerb, Innovation und Nachhaltigkeit» im Kanton Zürich umzusetzen. Der Regierungsrat ist in seiner Stellungnahme zum Schluss gekommen, dass die Anliegen des Postulats in den von ihm ergriffenen Massnahmen enthalten sind. Die STGK teilt diese Einschätzung.

STGK-Präsidentin: Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67

#### **Vogelschutz bei Fassaden, Glas- und Fensterflächen soll verbessert werden**

Bei der Gestaltung von Fassaden, Glas- und Fensterflächen von Neubauten soll der Vogelschutz stärker berücksichtigt werden. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat

mit 12 zu 3 Stimmen, die parlamentarische Initiative «Vögel und Glas» anzunehmen ([KR-Nr. 229a/2020](#)). Einer Minderheit der Kommission aus SP, GLP und Grünen geht der vorgeschlagene Gesetzestext zu wenig weit. Statt der Formulierung «Rücksicht auf den Vogelschutz» beantragt sie die Formulierung «Vermeidung von Gefahren für Vögel» explizit ins Gesetz aufzunehmen. Eine FDP-Minderheit ist der Meinung, dass die heutige Gesetzgebung ausreiche. Entsprechend stellt sie den Antrag, auf den Erlassentwurf nicht einzutreten.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Minderheit strengeres Gesetz: Theres Agosti Monn (SP, Turbenthal), 079 424 69 11

Minderheit Nicht-Eintreten: Stephan Weber (FDP, Wetzikon), 079 441 40 00

### **Teilrevision des Energiegesetzes betreffend Klimaschutz soll genehmigt werden**

Gemäss Kantonsverfassung haben sich der Kanton und die Gemeinden für die Begrenzung des Klimawandels und dessen Auswirkungen einzusetzen. Um diesen Verfassungsauftrag zu erfüllen, beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, verschiedene Massnahmen für den Klimaschutz und für Anpassungen an den Klimawandel im Energiegesetz zu verankern. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) hat die Vorschläge der Regierung geprüft, den eigenen Vorstellungen angepasst und beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 6 Stimmen, der geänderten Gesetzesvorlage zuzustimmen ([5921](#)). Keine Einigkeit herrschte in der KEVU bei der Frage, bis wann die Treibhausgasneutralität im Kanton Zürich umgesetzt sein soll. Die Kommissionmehrheit will sich an der kantonalen Klimastrategie orientieren: Die Treibhausgasneutralität im Kanton soll bis im Jahr 2040, spätestens aber bis 2050, erreicht sein. Die Kommissionminderheit (SVP, FDP), die grundsätzlich nicht auf die Vorlage eintreten will, möchte lediglich die Jahreszahl 2050 ins Gesetz schreiben. Mit einem nachträglich eingereichten Einzelantrag fordern die Ratsmitglieder Benjamin Walder (Grüne) und Gianna Berger (AL), dass die Treibhausgasneutralität bis spätestens 2037 erreicht werden soll. Insgesamt gaben in der Kommission weniger die eigentlichen Massnahmen zur Zielerreichung zu reden als vielmehr die Frage, wie die Rollen zwischen Kanton und Gemeinden in Bezug auf die Massnahmenplanung und das Monitoring verteilt sein sollen. Um hierzu Klarheit zu schaffen, beantragt die Kommission, ausdrücklich ins Gesetz zu schreiben, dass sich die Massnahmenplanung an die Direktionen und die Staatskanzlei richtet. Die Mehrheit der Kommission möchte zudem, dass die Planung der Massnahmen und der Bericht über deren Umsetzung, genauso wie die Klimastrategie selber, durch den Kantonsrat genehmigt werden müssen.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Minderheit: Ueli Bamert (SVP, Zürich), 079 742 60 21

Minderheit: Sarah Fuchs (FDP, Meilen), 076 405 29 72

Minderheit: Markus Bärtschiger (SP, Schlieren), 044 730 79 83

Minderheit: David Galeuchet (Grüne, Bülach), 079 784 31 39

Minderheit: Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.), 079 223 61 62

Minderheit: Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich), 079 414 52 74

Minderheit Einzelantrag: Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon), 078 676 79 73

### **Kompromisslösung bei Vorgaben zum Bau von Parkplätzen**

Die Kommission für Planung und Bau (KPB) hat bei der Vorberatung zweier parlamentarischen Initiativen (PI) einen bemerkenswerten Kompromiss bei den Vorgaben zum Bau von Parkplätzen gefunden. Sie beantragt einstimmig, auf die beiden PI, «Ausreichend Veloabstellplätze auf Liegenschaften» ([KR-Nr. 341/2019](#)) und «Erweiterung Zweckbindung Parkplatz-Ersatzabgabe» ([KR-Nr. 171/2020](#)), einzutreten. Die Vorlage legt den Fokus neu auf alle Verkehrsmittel. Mit der Flexibilisierung der Parkierungsmöglichkeiten sollen Bauherren und Grundeigentümer künftig die Möglichkeit erhalten, mit der Gemeinde sowohl bei Baueingaben als auch bei Nutzungsänderungen eine flexiblere Handhabung der Anzahl Abstellplätze zu finden. Zudem soll der Zweck des Ersatzabgabefonds auf die Mobilität erweitert werden. Grundsätzlich konnte sich die Kommission in wesentlichen Fragen einigen. Die Mehrheit der Kommission will eine Reduktion der Abstellplätze im Einzelfall ermöglichen unter der Bedingung, dass keine Verlagerung in den öffentlichen Raum stattfinden darf. Eine Minderheit aus SVP und SP will diese Regelung ohne die Verknüpfung an diese

Bedingung. Auch über die Zugänglichkeit und die nützliche Entfernung von Abstellplätzen wurde intensiv diskutiert. Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass beides gewährleistet werden soll. Eine Minderheit (SP, GLP, Grüne) möchte ergänzend festhalten, dass für verschiedene Verkehrsmittel unterschiedliche Anforderungen an die Abstellanlagen gelten. Uneinig war sich die Kommission, ob alle Abstellplätze wie bisher grundsätzlich unterirdisch gebaut oder überdeckt werden sollen. Eine Minderheit aus SP, GLP und Grünen will diese Bedingung ausschliesslich auf Motorfahrzeuge beschränken und den Gemeinden die Möglichkeit geben, die Ausstattung der Abstellplätze bei Bedarf in der Bau- und Zonenordnung genauer zu regeln. Ausweiten möchte die Kommissionsmehrheit die Zweckbindung der Ersatzabgabenfonds, sodass diese zugunsten der Mobilität verwendet werden dürfen. Eine Minderheit (Grüne) will die Zweckbindung gezielt auf die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs ausweiten. Und eine weitere Minderheit (FDP) erachtet die Regelung im geltenden Recht als ausreichend.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Minderheit: Barbara Grüter (SVP, Rorbas), 044 865 42 18

Minderheit: Stephan Weber (FDP, Wetzikon), 079 441 40 00

Minderheit: Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen), 079 434 36 23

Minderheit: Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon), 078 720 19 05

### **Drei Postulate zur AXPO sollen abgeschrieben werden**

Sollte der Kantonsrat vor Ende der Sitzung noch dazu kommen, wird er sich mit der Abschreibung verschiedener Postulate beschäftigen. Uneinig war sich die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU), ob das dringliche Postulat von SP, SVP, Mitte, EVP und AL betreffend «Strategische Kontrolle über die AXPO stärken» direkt oder mit einer abweichenden Stellungnahme abgeschrieben werden soll ([KR-Nr. 330/2022](#)). Mit 8 zu 7 Stimmen hat sie sich für eine abweichende Stellungnahme ausgesprochen. Mit dem Postulat wurde gefordert, dass mindestens ein Regierungsrat den Kanton Zürich im AXPO-Verwaltungsrat vertreten soll. In seiner Antwort lehnte der Regierungsrat diese Forderung ab. Die Kommissionsmehrheit hält indes an der ursprünglichen Forderung fest. Die Minderheit der Kommission (GLP, FDP, Grüne, Mitte) beantragt, das Postulat direkt abzuschreiben. Einstimmig beantragt die KEVU derweil, das Postulat von SP, SVP, Mitte, EVP, AL und CSP betreffend «AXPO und EKZ: Versorgung durch erneuerbare Produktion der AXPO» ([KR-Nr. 331/2022](#)) wie auch das Postulat von SVP, SP und AL betreffend «AXPO: Versorgung der Eigerkantone stärker gewichten» ([KR-Nr. 332/2022](#)) als erledigt abzuschreiben. Das erste Postulat richtete sich an den Regierungsrat, das zweite an den Verwaltungsrat der EKZ. Die beiden Gremien wurden eingeladen aufzuzeigen, wie die EKZ zeitnah die von der AXPO produzierte Elektrizität direkt für die Versorgung der gebundenen Endverbraucher einsetzen können. In einer gemeinsamen Antwort auf beide Postulate wurde dargelegt, dass die EKZ verschiedene Möglichkeiten prüfen, um das Anliegen zu erfüllen.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Minderheit abweichende Stellungnahme: Franziska Barmettler (GLP, Zürich), 079 796 61 55

*Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.*

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:

Jürg Sulser, Kantonsratspräsident, 079 416 17 00

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12